

Ein fast unlösbares Problem

Weshalb gelingt es dem GPV nicht, den Anliegen der Stadt Zürich um Unterstützung ihrer Kulturinstitute Nachdruck zu verleihen? Einblicke in die Protokolle von 1973 bis 1985 geben Antworten.

Als Sigmund Widmer, Stadtpräsident von Zürich, 1973 als Gast im Leitenden Ausschuss das Wort ergreift, geht es ihm um handfeste Interessen seiner Stadt. Das Protokoll vom 15. Januar 1973 hält fest: „Der Stadtrat Zürich sei der Meinung, die Landgemeinden sollten auf freiwilliger Basis, aber im Sinne einer ernst gemeinten regionalen Zusammenarbeit, die kulturellen Institute mittragen helfen.“ Die Vertreter der Landgemeinden im Ausschuss bringen dem Anliegen des Stapis zwar Verständnis entgegen, aber eine verbindliche Empfehlung wird an diesem Tag nicht verabschiedet.

Noch mehrmals unternimmt die Stadt Zürich

in den 1970er-Jahren Anläufe, um freiwillige Beiträge der Landgemeinden zu erwirken. Der Leitende Ausschuss unterstützt sie dabei zunehmend deutlich. Er ruft die Landgemeinden, insbesondere die Agglomerationsgemeinden, auf, sich grosszügig zu zeigen. Aber seiner Empfehlung wird kaum Folge geleistet. Und Mittel, sie durchzusetzen, hat der Verband keine.

Kein Interesse an einem Zweckverband

Zu Beginn der 1980er-Jahre versucht der Zürcher Stadtrat mit einem neuen Vorschlag, Schwung in die festgefahrene Diskussion zu bringen. Am 18. März 1981 schlägt er die Bildung eines Zweckverbandes vor, der das



Das Opernhaus wird 1995 kantonalisiert

Schauspielhaus, das Opernhaus, die Tonhalle und das Kunsthaus umfassen sollte. Gemäss seinem Vorschlag wären die Kosten im Zweckverband so verteilt worden, dass die Stadt Zürich drei Viertel und der Kanton etwas mehr als 20 Prozent getragen hätte. Der Rest wäre auf die Gemeinden der Agglomeration verteilt worden.

Die Idee des Zweckverbandes wird im GPV grundsätzlich begrüsst. Mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen in dieser Frage hebt der Leitende Ausschuss jedoch frühzeitig den Warnfinger und hält im Protokoll vom 24. Juni 1981 fest: „Dagegen fragt es sich, ob die in Frage kommenden Gemeinden überhaupt gewillt sind, einem Zweckverband beizutreten. Immerhin würde es ein Zweckverband ermöglichen, in vermehrtem Masse Einfluss auf die Kulturinstitute zu nehmen.“ Schon bald zeigt es sich, dass den Gemeinden dieser Einfluss nicht so wichtig ist und sie von einem Zweckverband nichts wissen wollen.

Einige Monate später wagt Thomas Wagner, der Nachfolger Sigmund Widmers, einen neuen Vorstoss. Er schlägt vor, Vertreter jener Gemeinden, die sich zu namhaften Beteiligungen entschlossen, angemessen in den Verwaltungsräten der Kulturinstitute zu berück-

sichtigen. Mittlerweile scheint im GPV die Zuversicht auf eine einvernehmliche Lösung aber ziemlich geschwunden zu sein. Denn das Protokoll hält nur noch unverbindlich fest: „Für den Wunsch nach einer längerfristigen Lösung ist an sich Verständnis vorhanden.“ Für alle weiteren Abklärungen wünscht man der Stadt Zürich viel Glück.

Der Kanton greift ein

Nun nimmt der Kanton das Heft in die Hand und kommt zu dem bekannten Resultat: 1995 wird das Opernhaus kantonalisiert, seit 1999 erhält die Stadt Zürich Lastenausgleichsbeiträge. Die Protokolle zeigen nicht auf, ob der GPV für oder gegen diese Schritte war. Offensichtlich geschah dies mit Bedacht. Denn 1998 führte Zollikons Gemeindepräsident Hans Glarner, der soeben zum GPV-Präsidenten gewählt worden ist, im Tages-Anzeiger aus: „Es ist nicht Aufgabe des Gemeindepräsidentenverbandes, zum Lastenausgleich Stellung zu nehmen. Die Interessenlage der verschiedenen Gemeinden ist derart unterschiedlich, dass wir kaum einen gemeinsamen Nenner finden werden. Der Verband muss die gemeinsamen Interessen aller Zürcher Gemeinden vertreten, und da gehört die Stadt Zürich dazu.“